



**Wilson
Center**

Digital Archive
International History Declassified

digitalarchive.wilsoncenter.org

February 13, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Conversation with
British Prime Minister Major on Monday, 11
February 1991, at the Chancellor's Office**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Conversation with British Prime Minister Major on Monday, 11 February 1991, at the Chancellor's Office", February 13, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59744, 24-36. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300106>

Summary:

Kohl and Major review Germany's financial contributions in the support of the Gulf coalition and Kohl's plans for changes in the German constitution in order to enable the Federal Republic's participation in future out-of-area missions. In addition, the talk about the domestic situation in the Soviet Union.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Transcript - German

Translation - English

23
-17

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 14. Februar 1991

Über
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

J. ...
4 ...

Der Leiter
des K...
14. FEB. 1991
9/

Betr.: Ihr Gespräch mit dem britischen Premierminister Major am
11. Februar 1991
hier: Gesprächsvermerk

Anbei übersende ich Ihnen den Vermerk über Ihr Gespräch mit dem
britischen Premierminister Major mit der Bitte um Billigung.

17561

Der Vermerk sollte nicht weitergegeben werden.

(Dr. Hartmann)

17561
2 1/2

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 13. Februar 1991

78²⁴V e r m e r k

über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister am Montag, dem 11. Februar 1991, im Bundeskanzleramt

Der Bundeskanzler heißt Premierminister Major herzlich willkommen. Als Themen für die heutige Besprechung schlägt er vor: Golf, Balitkum/Sowjetunion, Jugoslawien, Südafrika, europäische Entwicklung sowie Zusammenarbeit von CDU und Konservativer Partei.

Premierminister Major stimmt dem zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, er freue sich sehr, daß die Dinge sich für PM Major persönlich und seine Regierung gut entwickelten. Besonders erfreut sei er, daß der Anschlag glimpflich verlaufen sei. Der Urheber des Anschlags sei wohl die IRA.

Premierminister Major bejaht dies und fügt hinzu, er sei sehr erfreut darüber, daß die Begegnung zustande gekommen sei und finde es im übrigen sehr gut, daß man regelmäßig miteinander telefoniere. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Bundeskanzler die Zeit finde, im Frühjahr ein Wochenende in Großbritannien als sein Gast zu verbringen.

Der Bundeskanzler nimmt die Einladung an.

Premierminister Major erklärt, die Meinungsumfragen zugunsten der Regierung hätten sich dramatisch verändert. Hierbei handele es sich allerdings teilweise um den üblichen "Honeymoon". Es gebe eine starke nationale Einheit in der Golf-Frage. Die Bevölkerung glaube, daß das, was die Regierung tue, richtig sei. Sie möge zwar keinen Krieg, erkenne aber die Notwendigkeit, diesen Krieg zu führen, an.

- 2 -

-- 79²⁵

Premierminister Major beschreibt sodann kurz den Anschlag auf das Kabinett in der letzten Woche. Man wisse jetzt, daß es ein seit langem geplanter Anschlag sei. Im übrigen habe die IRA die Verantwortung dafür übernommen. Der "Vorteil" sei der gewesen, daß der Anschlag das Thema Rezession in den öffentlichen Medien verdrängt habe.

Dieses Thema werde aber bald wieder im Mittelpunkt stehen. Es gebe einen starken Druck, die Zinsen zu senken. Diese Frage mache die Entscheidung über den richtigen Zeitpunkt für die Wahlen sehr schwierig. Er beneide den Bundeskanzler, daß er die Wahlen so glänzend hinter sich gebracht habe.

Der Bundeskanzler erläutert seinerseits die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Wirtschaftlich hätten wir eine völlig verschiedene Situation in der bisherigen Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern. In der alten Bundesrepublik laufe die Wirtschaft hervorragend. Wenn die Entwicklung im Golf die Dinge nicht völlig verändere - was er nicht glaube -, könnten wir dieses Jahr mit einer Zuwachsrate von 3 bis 3,5 % rechnen. Dies sei für die gesamte Gemeinschaft nützlich. Die Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern werde im Sommer möglicherweise bei 6 % liegen.

Demgegenüber sei die Lage in den neuen Bundesländern sehr viel schwieriger als vorauszusehen war. Er sei darüber nicht prinzipiell beunruhigt, sondern halte an seiner Auffassung fest, daß wir in drei bis fünf Jahren dort eine blühende Landschaft haben würden. Aber der Absturz sei schneller gekommen als man erwartet habe. Wir seien zunächst von der Annahme ausgegangen, daß man einen Teil der Wirtschaftsbeziehungen mit den früheren RGW-Ländern werde aufrechterhalten können. Jetzt stelle sich heraus, daß dies nicht der Fall sei. Die meisten Betriebe in der früheren DDR könnten die Produkte nicht herstellen, die der Weltmarkt brauche.

Hinzu komme ein weiteres Riesenproblem: Man müsse über drei Millionen Arbeitnehmern eine andere Qualifikation geben. Ferner seien sowohl der Wirtschaftsbereich als auch die Verwaltung personell völlig überbesetzt. Das Ergebnis sei, daß jeder zweite seinen Arbeitsplatz verliere. Als eigentliches Problem komme noch hinzu, daß vierzig Jahre Diktatur die Menschen im Herzen getroffen habe. Der Stasi habe eine ungeheuere Rolle

...

gespielt. Er sei wie ein Polyp überall präsent gewesen. Jetzt gebe es eine große Diskussion darüber, wer Täter und wer Opfer gewesen sei. Dabei seien die Täter auch selbst Opfer gewesen.

Das Jahr 1991 werde daher noch schwierig werden. Aber ab September werde es auch in den neuen Bundesländern aufwärts gehen. Nicht zuletzt hätten wir auch noch das Problem, daß die Menschen in der alten Bundesrepublik Deutschland zwar viel über Solidarität redeten, diese aber nicht praktizierten.

Auf den Golf überleitend, erklärt der Bundeskanzler, in der Diskussion hierüber werde deutlich, wie die psychologische Situation der Deutschen sei. Es sei nicht immer einfach, dies im Ausland zu erklären. Andererseits sei die Kritik aus dem Ausland häufig kontraproduktiv. Man müsse die Diskussion vor dem Hintergrund der letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte sehen.

Zum Grundgesetz wolle er nur sagen, daß dies so sei, wie es die Alliierten seinerzeit gewünscht hätten. Es sei daher schon erstaunlich, wenn man Meinungen wie die der Brügge-Gruppe höre.

Premierminister Major wirft an dieser Stelle ein, die überwältigende Mehrheit der Briten sei über die deutsche Einheit höchsterfreut. Dies gelte insbesondere für die jüngere Generation. Bis zur Jahrhundertwende werde Deutschland seine Schwierigkeiten überwunden haben. Der Bundeskanzler solle daher die Stimmen bestimmter kleinerer Gruppen vergessen.

Der Bundeskanzler erklärt, man müsse auch sehen, daß es in den Grundfragen keinen nationalen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland gebe. Es genüge ein Blick auf die Haltung der SPD in der Golf-Frage. Selbst die niederländischen Sozialisten verhielten sich in diesem Punkt völlig normal, obschon sie 1983 während der Stationierungsdebatte in ihrer Haltung noch sehr nahe bei der deutschen SPD gestanden hätten. Die SPD stelle beispielsweise die Frage nach der Notwendigkeit der Wehrpflicht. Praktisch laufe dies auf eine immer kleinere Bundeswehr hinaus.

- 4 -

27
21

Er habe diese Diskussion schon 1983 durchgestanden und er werde sie diesmal auch durchstehen. Seine Haltung sei klar. Eine schlimme Rolle in der ganzen Diskussion spielten auch die Kirchen, die ihrerseits wieder die Intellektuellen motivierten.

Für die Linke sei das Jahr 1990 eine Katastrophe gewesen. Alles was sie gesagt hätten, habe sich als falsch erwiesen, von der deutschen Einheit über die Rolle des Sozialismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bis zur Haltung von Gorbatschow. Jetzt versuchten sie vor dem Hintergrund der Entwicklung im Golf erneut die Stimmung gegen die USA und die NATO zu schüren.

Natürlich gebe es auch die Angst der Menschen, wobei diese häufig skurrile Züge trage. Die Deutschen hätten eben ein besonderes Verhältnis zum Krieg. Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Tatsache, daß fast jede deutsche Familie Tote im Krieg zu beklagen habe und auch die jüngere Generation die Leiden des Krieges noch aus Erzählungen kenne.

Premierminister Major wirft ein, es sei bemerkenswert, daß sich die öffentliche Meinung in Deutschland gewandelt habe.

Der Bundeskanzler erwidert, es gebe aber einen Unterschied zu Großbritannien. Auch dort habe man Probleme mit den Medien, aber das Publikum sei nicht so hysterisch. Bei dem Wandel habe allerdings auch Saddam Hussein "geholfen", in dem er Israel angegriffen habe. Die Linke habe daraufhin seinen Waffenlieferungen an Israel zustimmen müssen, sich allerdings gleichzeitig gegen die Lieferung an die Türkei ausgesprochen. Außerdem hätten die Bilder von den Kriegsgefangenen im Irak die Menschen zutiefst empört. Nicht zuletzt habe die Ölpest die Grünen in eine schwierige Lage gebracht.

Premierminister Major erklärt, er wolle an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß seine Regierung für die großzügige Hilfe der Bundesregierung außerordentlich dankbar sei. Er habe dies auch ausdrücklich vor dem britischen Unterhaus gesagt.

- 5 -

Der Bundeskanzler erklärt, wir seien zu weiterer Hilfe bereit, wenn der Krieg weitergehen sollte. Er werde um diese Hilfe zu finanzieren die Steuern erhöhen.

Im übrigen werde er versuchen, das Grundgesetz zu ändern. Dies gehe aber nicht sofort.

Premierminister Major wirft ein, er verstehe durchaus die Schwierigkeiten der deutschen Verfassung. Er habe dies auch im Unterhaus erläutert.

Auf Bitten des Bundeskanzlers schildert Premierminister Major sodann die Entwicklung im Golf. Es sei gelungen, einen erheblichen Teil des irakischen Potentials zu zerstören. Dies betreffe nicht zuletzt die Telekommunikation und die Nachschubwege, insbesondere Brücken und wichtige Straßen. Andererseits müsse man sehen, daß die Iraker sich sehr geschickt in der Wüste verschanzt hätten. Trotzdem habe man bereits eine große Zahl Panzer getroffen. Ein wichtiges Indiz sei auch, daß die Anzahl der Deserteure steige. Allerdings wisse man nicht genau, wie die Moral der irakischen Truppen sei. Auch wisse man nicht, inwieweit es gelungen sei, die republikanische Garde zu treffen.

Der Luftkrieg werde noch eine Weile weitergehen. Im übrigen warte er auf die Ergebnisse des Besuches des amerikanischen Verteidigungsministers Cheney und von General Powell am Golf. Hiervon werde die Entscheidung über den Beginn des Landkrieges abhängen.

Er wolle noch hinzufügen, daß die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten hervorragend sei. Er habe auch Gespräche mit König Fahd, Mubarak und Mitterrand geführt und könne feststellen, daß die Koalition zusammenhalte.

Es gebe im übrigen keine ernstzunehmenden Friedensinitiativen. Der Iran bereite sich in Wirklichkeit auf die Lage nach dem Krieg vor. Was Gorbatschow mit der Entsendung eines Beauftragten in den Irak und seiner Rede beabsichtige, sei schwer zu definieren. Sein Verdacht sei, daß diese Mission mit dem Referendum in Litauen zusammenhänge. Es könne sich um eine Art Warnschuß an die USA handeln, und zwar in dem Sinne, "wenn Ihr Unterstützung im Golf haben wollt, dann müßt Ihr unser Vorgehen im Balitkum respektieren".

...

- 6 -

25

29

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei auch seine Einschätzung.

Premierminister Major entwickelt sodann verschiedene Szenarien, die sich aus einer Bodenoffensive ergeben und fügt hinzu, was immer man tue, man müsse vor allem die psychologische Lage in den arabischen Staaten berücksichtigen. Am 14. Februar finde ein Treffen der arabischen Staaten in Kairo statt. Man werde sehen, was dabei herauskomme.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was hinter der Verbringung irakischer Flugzeuge in den Iran stecke.

Premierminister Major antwortet, dies mache nur Sinn, wenn Saddam Hussein sich tatsächlich aus Kuwait zurückziehen wolle.

Der Bundeskanzler stimmt zu und ergänzt, wenn Saddam Hussein sich zurückziehe, werde er sagen, er habe den Krieg gewonnen. Wenn er allerdings an der Macht bleibe, müsse man unbedingt ein striktes Embargo durchführen. Aus eigenen Kräften sei der Irak nicht in der Lage, sein Waffenarsenal wieder zu ergänzen. Dies sei ein entscheidender Punkt.

Premierminister Major stimmt zu. Es werde zwar schwierig für Saddam Hussein sein, in einem solchen Fall den Sieg für sich zu reklamieren. Es sei im Interesse der Länder der Region wichtig, daß Saddam Hussein tatsächlich als Verlierer dastehe und sein Gesicht in der arabischen Welt verliere. In der Tat sei es entscheidend, daß der Westen und die Sowjetunion den Irak nicht erneut mit Waffen belieferten.

Das Gespräch wird beim Mittagessen fortgesetzt.

Premierminister Major schlägt vor, über die Entwicklung in der Sowjetunion zu sprechen.

Der Bundeskanzler erklärt, seiner Meinung nach habe Gorbatschow immer noch das Heft in der Hand. Es sei nicht richtig, daß Gorbatschow nur noch ein Spielball in den Händen der Konservativen sei. Der Bundeskanzler beruft sich hierbei auf sein kürzlich geführtes Telefongespräch mit Gorbatschow, in dem dieser ihm erklärt habe, er, Michail Gorbatschow, habe sich nicht verändert. Gorbatschow könne allerdings nicht zulassen, daß die Sowjetunion sich auflöse. Er, der Bundeskanzler, habe daher auch

...

- 7 -

24

30

der früheren litauischen Ministerpräsidentin Prunskiene empfohlen, lieber hundert kleine Schritte zu tun, anstatt zwei Schritte auf einmal. Denn wenn Gorbatschow das Baltikum freigebe, müsse er mindestens vier andere Republiken freigeben. Dann stünde er vor der entscheidenden Frage, was mit der Ukraine geschehe.

Es gebe aber auch noch andere Aspekte. Das Baltikum berühre auch die Grenzfrage in Ostpolen. Wer aber die Grenzen in Europa in Frage stelle, der zerstöre den Frieden.

Im übrigen gelte: Wer immer nach Gorbatschow komme, die Lage werde dadurch nur schwieriger. Er, der Bundeskanzler, habe viel Sympathie für die baltischen Staaten, aber es gebe realistischere Weise nur einen evolutionären Weg.

Premierminister Major erklärt, er werde Anfang März - wahrscheinlich um den 5. / 6. herum, zum ersten Mal mit Michail Gorbatschow zusammen-treffen.

Der Bundeskanzler schlägt vor, vor diesem Gespräch noch einmal miteinander zu telefonieren.

Premierminister Major greift diesen Vorschlag auf. Er fährt fort, es sei wichtig, die Psychologie des sowjetischen Präsidenten zu verstehen. Dessen erste Sorge sei in der Tat, daß die Union zusammenbleibe. Hieraus resultiere seine Sorge, daß mit dem Baltikum nicht ein Stein ins Rollen komme und die Ukraine nach Unabhängigkeit dränge. Er wisse allerdings nicht, wie man das baltische Problem lösen könne. Er wisse nur, daß der Westen die Annektion des Baltikums nie akzeptiert habe und daß es im Westen eine große Sympathie für die Unabhängigkeit der baltischen Länder gebe.

Er frage sich, was Gorbatschow mit einer politischen Lösung meine. Er frage sich weiter, wieviel Spielraum er bei politischen Verhandlungen habe.

Wir hätten im Westen den Reformier Gorbatschow unterstützt, nicht Gorbatschow den Unterdrücker.

Der Bundeskanzler erklärt, Gorbatschow sei im November 1990 bei ihm zu Hause gewesen und er habe ihm bei dieser Gelegenheit gesagt, daß er die baltischen Staaten nicht halten könne. Vielleicht könne man eine Ab-sprache wie seinerzeit mit Finnland treffen. Dann habe er unter Hinweis auf sein Gespräch mit MP Prunskiene erklärt, vielleicht wären viele kleine Schritte erfolgreich. Auf die rethorische Frage, ob dies so sei, habe Gorbatschow geantwortet "vielleicht".

Er, der Bundeskanzler, glaube, daß Gorbatschow intelligent genug sei, um zu wissen, daß die Sache so nicht zu halten sei. Dies gelte beispiels-weise auch in der Kurilen-Frage. Hierzu habe Gorbatschow ihm deutlich gesagt, dies sei nicht sein Problem.

Der Bundeskanzler fährt fort, es gebe erhebliche Probleme mit den sowjetischen Soldaten in der früheren DDR. Er schätze, daß die Sowjetunion die Soldaten früher abziehen werde, weil die Probleme immer größer würden.

Man müsse auch sehen, daß die wirtschaftliche Reform in der Sowjetunion sehr schlecht laufe. Hier denke er nicht an den Personalwechsel, da dies von außen sehr schwer zu beurteilen sei. Aber unser Interesse sei, daß Gorbatschow der Reformen Erfolg habe. Wenn die Sowjetunion in ihre alte Rolle zurückfalle, müsse man wissen, was das für die internationale Politik, beispielsweise für den Golf, bedeute.

Premierminister Major stellt die Frage, ob es bei der Ratifizierung von "Zwei-plus-Vier" Schwierigkeiten gebe und ob die Sowjets eventuell nicht ratifizieren wollten.

Der Bundeskanzler erklärt, Gorbatschow werde für die Ratifizierung sorgen, aber es werde schwierig für ihn werden.

Premierminister Major weist auf die sowjetischen Versuche, den KSE-Vertrag zu umgehen, hin. Dadurch hätte die sowjetische Marine praktisch mehr Panzer als die britische Armee. Schewardnadse sei über diesen Trick außer-ordentlich wütend gewesen. In diesem Punkt könne Gorbatschow ein Signal geben.

- 9 -

26
32

Was die Unterstützung für die Sowjetunion angehe, so solle man die humanitäre Hilfe der EG fortsetzen, aber andere Hilfen zurückstellen, bis Klarheit über den Reformkurs bestehe.

Der Bundeskanzler erwidert, dies müsse man Gorbatschow deutlich sagen. Man solle über diesen Komplex in engem Kontakt bleiben. Es bestehe die Gefahr, daß alle Welt auf den Golf schaue, aber darüber die Entwicklung in der Sowjetunion aus den Augen verlöre.

Premierminister Major erklärt, man dürfe Gorbatschow nicht in die Isolierung zurückbringen.

Der Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu.

Premierminister Major erklärt, es sei wichtig, daß man in den Kontakten mit der Sowjetunion auch die kritischen Punkte vorbringe. Er werde möglicherweise in Moskau auch mit sowjetischen Militärs zusammentreffen und ihnen die entsprechende Botschaft geben.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf Jugoslawien zu sprechen und fragt, wo PM Major hier einen Ausweg sehe.

Premierminister Major erklärt, er sehe keinen Ausweg. Es sei nicht klar, wie man dieses Problem lösen könne. Man habe es mit einem bedrückenden Szenario zu tun.

Der Bundeskanzler erklärt, auch er sehe keinen Ausweg und sei sehr skeptisch.

Premierminister Major fährt fort, man solle über diese Frage auf den üblichen Kanälen weitersprechen.

Der Bundeskanzler erwidert, man dürfe nicht vergessen, daß Jugoslawien schon immer das Pulverfaß Europas gewesen sei. Er kommt sodann auf Südafrika zu sprechen und erklärt, wir hätten in dieser Frage eine erfolgreiche gemeinsame Politik betrieben und sollten dies auch fortsetzen. Wir hätten auf der ganzen Linie recht behalten.

...

- 10 -

27
33

Premierminister Major erwidert, die Ereignisse hätten uns in der Tat recht gegeben. Man müsse allerdings sehen, daß der ANC aufgesplittert sei und auch die sogenannten Frontlinienstaaten gegen Aufhebung der Sanktionen seien. Dies alles sei allerdings ziemlich heuchlerisch.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Premierminister Major fährt fort, es sei im übrigen sehr dumm, denn Südafrika brauche Investitionen, Zugang zum IWF und die Aufhebung der Sanktionen.

Er habe hierüber mit Bush und auch mit den Commonwealth-Ländern gesprochen. Er sei allerdings der Auffassung, daß die EG in dieser Frage vorangehen müsse. Dann könne er auch die Commonwealth-Länder überzeugen. Auch sei dies hilfreich, um Druck auf die USA auszuüben.

Er hoffe, daß Mandela bald nach London komme, wie er selber auch nach Südafrika reisen wolle. De Klerk sei ein sehr mutiger Mann. Es wäre eine Tragödie, wenn die Rechten ihn wieder von der Macht verdrängen würden. Man habe jetzt die Chance, Südafrika in die Weltgemeinschaft zurückzubringen.

Der Bundeskanzler erklärt, in dieser Frage sei man in völliger Übereinstimmung. De Klerk brauche weitere Motivation. Wie weit Mandelas Einfluß wirklich gehe, wisse auch er nicht.

Premierminister Major erklärt, Mandela sei eher ein Führer in den Augen der Medien als in denen des ANC.

Der Bundeskanzler fährt fort, wenn man de Klerk nicht helfe, werde er scheitern. Man müsse die Sache allerdings psychologisch geschickt anfassen. Er werde daher versuchen, Präsident Mitterrand für die gemeinsame Linie zu gewinnen. Allerdings habe Mitterrand ein Problem mit den Afrikanern. Aber es gebe hier auch viel Heuchelei.

Premierminister Major stimmt zu und erklärt, es sei erstaunlich, wie viele Schwarzafrikaner mit Südafrika Handel trieben.

- 11 -

28

34

Der Bundeskanzler fährt fort, man solle in Ruhe weitermachen. Beim nächsten Gipfel könne man wieder ein Stück vorankommen.

Premierminister Major erklärt, er werde gerne vor dem nächsten ER dem Bundeskanzler ein Papier zu dieser Frage schicken.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Premierminister Major fährt fort, er wolle gerne noch zwei Fragen besprechen: Einmal die Regierungskonferenzen, zum anderen die Zusammenarbeit zwischen der Konservativen Partei und der CDU.

Zunächst zur Wirtschafts- und Währungsunion: Es gebe Bereiche, in denen man die gleiche Ansicht vertrete. Beispielsweise, daß die Wirtschafts- und Währungsunion antiinflationär sein müsse. Ferner sei man sich einig, daß man eine Konvergenz der Wirtschaftspolitiken brauche. Das bedeute, daß die Phase 2 substantiell sein müsse und nicht nur ein Phantom. Man müsse also klar sagen, wie wir Konvergenz erreichen wollten. Hier gebe es zunächst ein politisches Problem, nämlich die Souveränität der Parlamente. Ein größeres Problem sei, daß man die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben müsse, die es erlaubten, Fortschritte zu machen. Wenn man beispielsweise eine einheitliche Währung und einheitliche Zinsen hätte, so könnten dies effiziente Länder durchaus durchhalten, andere aber nicht. Dies würde zu regionaler Arbeitslosigkeit führen und diese Länder wiederum ermutigen, entsprechende Finanztransfers zu fordern. Hierfür aber fehle das Geld, abgesehen davon, daß es falsch wäre, es bereitzustellen.

In Großbritannien änderten sich die Ansichten zur Europäischen Gemeinschaft, aber man brauche noch Zeit. Er könne dem Bundeskanzler vertraulich sagen, wenn er den Vertrag mit der Verpflichtung für die Phase 3 unterzeichne, werde er damit nicht durch's Parlament kommen. Es sei allenfalls möglich, daß Großbritannien zu einem späteren Zeitpunkt beitrete. Dies allerdings dürfe er nicht laut sagen.

Ein weiterer Punkt sei der Mechanismus in der Phase 2. Die Bundesbank und auch die britische Seite stimmten darin überein, daß es notwendig sei, den ECU zu stärken. Nur die Frage der Form sei noch offen. Man müsse über die Phase 2 bilateral eingehend sprechen.

...

- 12 -

29

35

Spanien und Frankreich hätten bereits damit begonnen, Teile des britischen Vorschlags aufzugreifen. Es gebe also eine Annäherung. Für ihn sei wichtig, daß die Regierungskonferenz nicht zu schnell ende. Er wolle, daß am Ende zwölf Staaten unterzeichneten, aber dies sei eine titanische Aufgabe für ihn.

Er müsse also die Kollegen der EG um Zeit und Verständnis bitten. Er wolle nicht, daß Großbritannien in eine Ecke geboxt werde, beispielsweise vor Wahlen.

Der Bundeskanzler erklärt, man habe jetzt eine völlig neue Beziehung zueinander und aus seiner Sicht solle das auch eine sehr persönliche und freundschaftliche Beziehung sein. Das werde er im übrigen auch gleich vor der Presse sagen.

Er werde nichts tun, was dazu führe, daß Großbritannien unter Führung eines Freundes in die Ecke geboxt werde.

Er schlage vor, daß zwischen Charles Powell und Peter Hartmann im kleinen Kreis über diese Fragen gesprochen werde. Hierbei könne man auch die Meinungsverschiedenheiten besprechen. Sein Interesse sei, daß Großbritannien mit im Boot sitze.

Er wolle alles tun, damit die Dinge in Europa vorankämen. Aber er wolle nicht voranmarschieren. Das sei nicht gut. Er als Deutscher sehe sich lieber in der Rolle des Regisseurs und wolle nicht, daß Deutschland sich in diesem Prozeß profilieren.

Man solle auch bald versuchen, die Parlamentsfraktionen zusammenzubringen. In vierzehn Tagen finde in Brüssel eine wichtige Besprechung der EVP-Vorsitzenden statt. Dies werde ein sehr hartes Treffen werden. Er werde dort sagen, daß er nicht so weitermachen, sondern eine Entscheidung vor den nächsten EP-Wahlen erzwingen wolle, wonach es zu einer Regelung im EP komme, wie es sie bereits in Deutschland zwischen der CDU und CSU, gebe.

- 13 -

- 3036

Premierminister Major wirft ein, eines der Probleme in Großbritannien sei, daß man vor einem sozialistischen Europa große Angst habe. Man habe leider nicht die richtigen und notwendigen Schlußfolgerungen hieraus gezogen.

Er habe sowohl mit dem Parteivorsitzenden Patten und anderen Parteiführern gesprochen. Die Konservative Partei versuche, eine Art Assoziation mit der EVP zustandezubringen. Er hoffe, daß die Niederländer dies nicht blockieren. Mit diesem Projekt werde er auch in der eigenen Partei seine Probleme haben. Gleichzeitig strebe er eine engere Zusammenarbeit zwischen den Konservativen und der CDU an.

Der Bundeskanzler erklärt, ein solcher Schritt - die Zusammenarbeit im EP - müsse sorgfältig vorbereitet werden. Möglicherweise könne er in der ersten Märzhälfte für ein paar Stunden nach London kommen, dann könne man über diese Fragen auch mit dem Parteivorsitzenden sprechen.

Der Unterzeichner weist darauf hin, daß am 11. März die deutsch-britischen Konsultationen in Bonn stattfinden.

Der Bundeskanzler und Premierminister Major verbleiben daraufhin so, daß der britische Parteivorsitzende Patten bei dieser Gelegenheit nach Bonn kommt.

(Dr. Hartmann)

Abteilungsleiter 2

Bonn, 13. Februar 1991

V e r m e r k

über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister Major am Montag, dem 11. Februar 1991, im Bundeskanzleramt^[1]

Der Bundeskanzler heißt Premierminister Major herzlich willkommen. Als Themen für die heutige Besprechung schlägt er vor: Golf, Baltikum/Sowjetunion, Jugoslawien, Südafrika, europäische Entwicklung sowie Zusammenarbeit von CDU und Konservativer Partei.

Premierminister Major stimmt dem zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, er freue sich sehr, daß die Dinge sich für PM Major persönlich und seine Regierung gut entwickelten. Besonders erfreut sei er, daß der Anschlag glimpflich verlaufen sei. Der Urheber des Anschlags sei wohl die IRA.

Premierminister Major bejaht dies und fügt hinzu, er sei sehr erfreut darüber, daß die Begegnung zustande gekommen sei und finde es im übrigen sehr gut, daß man regelmäßig miteinander telefoniere. Er würde es sehr begrüßen, wenn der Bundeskanzler die Zeit finde, im Frühjahr ein Wochenende in Großbritannien als sein Gast zu verbringen.

Der Bundeskanzler nimmt die Einladung an.

Premierminister Major erklärt, die Meinungsumfragen zugunsten der Regierung hatten sich dramatisch verändert. Hierbei handele es sich allerdings teilweise um den üblichen "Honeymoon". Es gebe eine starke nationale Einheit in der Golf-Frage. Die Bevölkerung glaube, daß das, was die Regierung tue, richtig sei. Sie möge zwar keinen Krieg, erkenne aber die Notwendigkeit, diesen Krieg zu führen, an.

Premierminister Major beschreibt sodann kurz den Anschlag auf das Kabinett in der letzten Woche. Man wisse jetzt, daß es ein seit langem geplanter Anschlag sei. Im übrigen habe die IRA die Verantwortung dafür übernommen. Der "Vorteil" sei der gewesen, daß der Anschlag das Thema Rezession in den öffentlichen Medien verdrängt habe.

Dieses Thema werde aber bald wieder im Mittelpunkt stehen. Es gebe einen starken Druck, die Zinsen zu senken. Diese Frage mache die Entscheidung über den richtigen Zeitpunkt für die Wahlen sehr schwierig. Er beneide den Bundeskanzler, daß er die Wahlen so glänzend hinter sich gebracht habe.

Der Bundeskanzler erläutert seinerseits die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Wirtschaftlich hatten wir eine völlig verschiedene Situation in der bisherigen Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern. In der alten Bundesrepublik laufe die Wirtschaft hervorragend. Wenn die Entwicklung im Golf die Dinge nicht völlig verändere - was er nicht glaube -, könnten wir dieses Jahr mit einer Zuwachsrate von 3 bis 3,5 % rechnen. Dies sei für die gesamte Gemeinschaft nützlich. Die Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern werde im Sommer möglicherweise bei 6 % liegen.

Demgegenüber sei die Lage in den neuen Bundesländern sehr viel schwieriger als vorauszusehen war. Er sei darüber nicht prinzipiell beunruhigt, sondern halte an seiner Auffassung fest, daß wir in drei bis fünf Jahren dort eine blühende Landschaft haben würden. Aber der Absturz sei schneller gekommen als man erwartet habe. Wir seien zunächst von der Annahme ausgegangen, daß man einen Teil der Wirtschaftsbeziehungen mit den früheren RGW-Ländern werde aufrechterhalten können. Jetzt stelle sich heraus, daß dies nicht der Fall sei. Die meisten Betriebe in der früheren DDR könnten die Produkte nicht herstellen, die der Weltmarkt brauche.

Hinzu komme ein weiteres Riesenproblem: Man müsse drei Millionen Arbeitnehmern eine andere Qualifikation geben. Ferner seien sowohl der Wirtschaftsbereich als auch die Verwaltung personell völlig überbesetzt. Das Ergebnis sei, daß jeder zweite seinen Arbeitsplatz verliere. Als eigentliches Problem komme noch hinzu, daß vierzig Jahre Diktatur die Menschen im Herzen getroffen habe. Die Stasi habe eine ungeheure Rolle

gespielt, er sei wie ein Polyp überall präsent gewesen. Jetzt gebe es eine große Diskussion darüber, wer Täter und wer Opfer gewesen sei. Dabei seien die Täter auch selbst Opfer gewesen.

Das Jahr 1991 werde daher noch schwierig werden. Aber ab September werde es auch in den neuen Bundesländern aufwärts gehen. Nicht zuletzt hätten wir auch noch das Problem, daß die Menschen in der alten Bundesrepublik Deutschland zwar viel über Solidarität redeten, diese aber nicht praktizierten.

Auf den Golf überleitend, erklärt der Bundeskanzler, in der Diskussion hierüber werde deutlich, wie die psychologische Situation der Deutschen sei. Es sei nicht immer einfach, dies im Ausland zu erklären. Andererseits sei die Kritik aus dem Ausland häufig kontraproduktiv. Man müsse die Diskussion vor dem Hintergrund der letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte sehen.

Zum Grundgesetz wolle er nur sagen, daß dies so sei, wie es die Alliierten seinerzeit gewünscht hätten. Es sei daher schon erstaunlich, wenn man Meinungen wie die der Brügge-Gruppe höre.

Premierminister Major wirft an dieser Stelle ein, die überwältigende Mehrheit der Briten sei über die deutsche Einheit höchst erfreut. Dies gelte insbesondere für die jüngere Generation. Bis zur Jahrhundertwende werde Deutschland seine Schwierigkeiten überwunden haben. Der Bundeskanzler solle daher die Stimmen bestimmter kleinerer Gruppen vergessen.

Der Bundeskanzler erklärt, man müsse auch sehen, daß es in den Grundfragen keinen nationalen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland gebe. Es genüge ein Blick auf die Haltung der SPD in der Golf-Frage. Selbst die niederländischen Sozialisten verhielten sich in diesem Punkt völlig normal, obschon sie 1983 während der Stationierungsdebatte in ihrer Haltung noch sehr nahe bei der deutschen SPD gestanden hätten. Die SPD stelle beispielsweise die Frage nach der Notwendigkeit der Wehrpflicht. Praktisch laufe dies auf eine immer kleinere Bundeswehr hinaus.

Er habe diese Diskussion schon 1983 durchgestanden und er werde sie diesmal auch durchstehen. Seine Haltung sei klar. Eine schlimme Rolle in der ganzen Diskussion spielten auch die Kirchen, die ihrerseits wider die Intellektuellen motivierten.

Für die Linke sei das Jahr 1990 eine Katastrophe gewesen. Alles, was sie gesagt hätten, habe sich als falsch erwiesen, von der deutschen Einheit über die Rolle des Sozialismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bis zur Haltung von Gorbatschow. Jetzt versuchten sie vor dem Hintergrund der Entwicklung im Golf erneut die Stimmung gegen die USA und die NATO zu schüren.

Natürlich gebe es auch die Angst der Menschen, wobei diese häufig skurrile Züge trage. Die Deutschen hätten eben ein besonderes Verhältnis zum Krieg. Der Bundeskanzler erinnere in diesem Zusammenhang an die Tatsache, daß fast jede deutsche Familie Tote im Krieg zu beklagen habe und auch die jüngere Generation die Leiden des Krieges noch aus Erzählungen kenne.

Premierminister Major wirft ein, es sei bemerkenswert, daß sich die öffentliche Meinung in Deutschland gewandelt habe.

Der Bundeskanzler erwidert, es gebe aber einen Unterschied zu Großbritannien. Auch dort habe man Probleme mit den Medien, aber das Publikum sei nicht so hysterisch. Bei dem Wandel habe allerdings auch Saddam Hussein „geholfen“, in dem er Israel angegriffen habe. Die Linke habe daraufhin seinen Waffenlieferungen an Israel zustimmen müssen, sich allerdings gleichzeitig gegen die Lieferung an die Türkei ausgesprochen. Außerdem hätten die Bilder von den Kriegsgefangenen im Irak die Menschen zutiefst empört. Nicht zuletzt habe die Ölpest die Grünen in eine schwierige Lage gebracht.

Premierminister Major erklärt, er wolle an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß seine Regierung für die großzügige Hilfe der Bundesregierung außerordentlich dankbar sei. Er habe dies auch ausdrücklich vor dem britischen Unterhaus gesagt.

Der Bundeskanzler erklärt, wir seien zu weiterer Hilfe bereit, wenn der Krieg weitergehen sollte. Er werde um die Hilfe zu finanzieren die Steuern erhöhen.

Im übrigen werde er versuchen, das Grundgesetz zu ändern. Dies gehe aber nicht sofort.

Premierminister Major wirft ein, er verstehe durchaus die Schwierigkeiten der

deutschen Verfassung. Er habe dies auch im Unterhaus erklärt.

Auf Bitten des Bundeskanzlers schildert Premierminister Major sodann die Entwicklung im Golf. Es sei gelungen, einen erheblichen Anteil des irakischen Potentials zu zerstören. Dies betreffe nicht zuletzt die Telekommunikation und die Nachschubwege, insbesondere Brücken und wichtige Straßen. Andererseits müsse man sehen, daß die Iraker sich sehr geschickt in der Wüste verschanzt hätten. Trotzdem habe man bereits eine große Anzahl Panzer getroffen. ein wichtiges Indiz sei auch, daß die Anzahl der Deserteure steige. Allerdings wisse man nicht genau, wie die Moral der irakischen Truppen sei. Auch wisse man nicht, inwieweit es gelungen sei, die republikanische Grade zu treffen.

Der Luftkrieg werde noch eine Weile weitergehen. Im übrigen warte er auf die Ergebnisse des Besuches des amerikanischen Verteidigungsministers Cheney und von General Powell am Golf. Hiervon werde die Entscheidung über den Beginn des Landkrieges abhängen.

Er wolle noch hinzufügen, daß die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten hervorragend sei. Er habe auch Gespräche mit König Fahd, Mubarak und Mitterrand geführt und könne feststellen, daß die Koalition zusammenhalte.

Es gebe im übrigen keine ernstzunehmenden Friedensinitiativen. Der Iran bereite sich in Wirklichkeit auf die Lage nach Krieg vor. Was Gorbatschow mit der Entsendung eines Beauftragten in den Irak und seiner Rede beabsichtige, sei schwer zu definieren. Sein Verdacht sei, daß diese Mission mit dem Referendum in Litauen zusammenhänge. Es könne sich um eine Art Warnschuß an die USA handeln, und zwar in dem Sinne „wenn ihr Unterstützung am Golf haben wollt, dann müßt ihr unser Vorgehen im Baltikum respektieren.“

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei auch seine Einschätzung.

Premierminister Major entwickelt sodann verschiedene Szenarien, die sich aus einer Bodenoffensive ergeben und fügt hinzu, was immer man tue, man müsse vor allem die psychologische Lage in den arabischen Staaten berücksichtigen. Am 14. Februar finde ein Treffen der arabischen Staaten in Kairo statt. Man werde sehen, was dabei herauskomme.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was hinter der Verbringung irakischer Flugzeuge in den Iran steckt.

Premierminister Major antwortet, dies mache nur Sinn, wenn Saddam Hussein sich tatsächlich aus Kuwait zurückziehen wolle.

Der Bundeskanzler stimmt zu und ergänzt, wenn Saddam Hussein sich zurückziehe, werde er sagen, er habe den Krieg gewonnen. Wenn er allerdings an der Macht bleibe, müsse man unbedingt ein striktes Embargo durchführen. Aus eigenen Kräften sei der Irak nicht in der Lage, sein Waffenarsenal wieder zu ergänzen. Dies sei ein entscheidender Punkt.

Premierminister Major stimmt zu. Es werde zwar schwierig für Saddam Hussein sein, in einem solchen Fall den Sieg für sich zu reklamieren. Es sei im Interesse der Länder der Region wichtig, daß Saddam Hussein tatsächlich als Verlierer dastehe und sein Gesicht in der arabischen Welt verliere. In der Tat sei es entscheidend, daß der Westen und die Sowjetunion den Irak nicht erneut mit Waffen belieferten.

Das Gespräch wird beim Mittagessen fortgesetzt.

Premierminister Major schlägt vor, über die Entwicklung in der Sowjetunion zu sprechen.

Der Bundeskanzler erklärt, seiner Meinung nach habe Gorbatschow immer noch das Heft in der Hand. Es sei nicht richtig, daß Gorbatschow nur noch ein Spielball in den Händen der Konservativen sei. Der Bundeskanzler beruft sich hierbei auf sein kürzlich geführtes Telefongespräch mit Gorbatschow, in dem dieser ihm erklärt habe, er, Michail Gorbatschow, habe sich nicht verändert. Gorbatschow könne allerdings nicht zulassen, daß die Sowjetunion sich auflöse. Er, der Bundeskanzler, habe daher auch der früheren litauischen Ministerpräsidentin Prunskiene empfohlen, lieber hundert kleine Schritte zu tun, anstatt zwei Schritte auf einmal. Denn wenn Gorbatschow das Baltikum freigeben, müsse er mindestens vier andere Republiken freigeben. Dann stünde er vor der entscheidenden Frage, was mit der Ukraine geschehe.

Es gebe aber auch noch andere Aspekte. Das Baltikum berühre auch die Grenzfrage

in Ostpolen. Wer aber die Grenzen in Europa in Frage stelle, der zerstöre den Frieden.

Im übrigen gelte: Wer immer noch Gorbatschow kommt, die Lage werde dadurch nur schwieriger. Er, der Bundeskanzler, habe viel Sympathie für die baltischen Staaten, aber es gebe realistischerweise nur einen evolutionären Weg.

Premierminister Major erklärte, er werde Anfang März – wahrscheinlich um den 5. / 6. herum, zum ersten Mal mit Michail Gorbatschow zusammentreffen.

Der Bundeskanzler schlägt vor, vor diesem Gespräch noch einmal miteinander zu telefonieren.

Premierminister Major greift diesen Vorschlag auf. Er fährt fort, es sei wichtig, die Psychologie des sowjetischen Präsidenten zu verstehen. Dessen erste Sorge sei in der Tat, daß die Union zusammenbleibe. Hieraus resultiere seine Sorge, daß mit dem Baltikum nicht ein Stein ins Rollen komme und die Ukraine nach Unabhängigkeit dränge. Er wisse allerdings nicht, wie man das baltische Problem lösen könne. Er wisse nur, daß der Westen die Annexion des Baltikums nie akzeptiert habe und daß es im Westen eine große Sympathie für die Unabhängigkeit der baltischen Länder gebe.

Er frage sich, was Gorbatschow mit einer politischen Lösung meine. Er frage sich weiter, wieviel Spielraum er bei politischen Verhandlungen habe.

Wir hätten im Westen den Reformen Gorbatschow unterstützt, nicht Gorbatschow den Unterdrücker.

Der Bundeskanzler erklärt, Gorbatschow sei im November 1990 bei ihm zu Hause gewesen und er habe ihm bei dieser Gelegenheit gesagt, daß er die baltischen Staaten nicht halten könne. Vielleicht könne man eine Absprache wie seinerzeit mit Finnland treffen. Dann habe er unter Hinweis auf sein Gespräch mit MP Prunskiene erklärt, vielleicht wären viele kleine Schritte erfolgreich. Auf die rhetorische Frage, ob dies so sei, habe Gorbatschow geantwortet "vielleicht".

Er, der Bundeskanzler, glaube, daß Gorbatschow intelligent genug sei, um zu wissen, daß die Sache so nicht zu halten sei. Dies gelte beispielsweise auch in der Kurilen-Frage. Hierzu habe Gorbatschow ihm deutlich gesagt, dies sei nicht sein Problem.

Der Bundeskanzler fährt fort, es gebe erhebliche Probleme mit den sowjetischen Soldaten in der früheren DDR. Er schätze, daß die Sowjetunion die Soldaten früher abziehen werde, weil die Probleme immer größer würden.

Man müsse auch sehen, daß die wirtschaftliche Reform in der Sowjetunion sehr schlecht laufe. Hier denke er nicht an den Personalwechsel, da dies von außen sehr schwer zu beurteilen sei. Aber unser Interesse sei, daß Gorbatschow der Reformen Erfolg habe. Wenn die Sowjetunion in ihre alte Rolle zurückfalle, müsse man wissen, was das für die internationale Politik, beispielsweise für den Golf, bedeute.

Premierminister Major stellt die Frage, ob es bei der Ratifizierung von "Zwei-plus-Vier" Schwierigkeiten gebe und ob die Sowjets eventuell nicht ratifizieren wollten.

Der Bundeskanzler erklärt, Gorbatschow werde für die Ratifizierung sorgen, aber es werde schwierig für ihn werden.

Premierminister Major weist auf die sowjetischen Versuche, den KSE-Vertrag zu umgehen, hin. Dadurch hätte die sowjetische Marine praktisch mehr Panzer als die britische Armee. Schewardnadse sei über diesen Trick außerordentlich wütend gewesen. In diesem Punkt könne Gorbatschow ein Signal geben.

Was die Unterstützung für die Sowjetunion angehe, so solle man die schnelle, humanitäre Hilfe der EG fortsetzen, aber andere Hilfen zurückstellen, bis Klarheit über den Reformkurs bestehe.

Der Bundeskanzler erwidert, dies müsse man Gorbatschow deutlich sagen. Man solle über diesen Komplex in engem Kontakt bleiben. Es bestehe die Gefahr, daß alle Welt auf den Golf schaue, aber darüber die Entwicklung in der Sowjetunion aus den Augen verlöre.

Premierminister Major erklärt, man dürfe Gorbatschow nicht in die Isolierung zurückbringen.

Der Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu.

Premierminister Major erklärt, es sei wichtig, daß man in den Kontakten mit der Sowjetunion auch die kritischen Punkte vorbringe. Er werde möglicherweise in Moskau auch mit sowjetischen Militärs zusammentreffen und ihnen die entsprechende Botschaft geben.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf Jugoslawien zu sprechen und fragt, wo PM Major hier einen Ausweg sehe.

Premierminister Major erklärt, er sehe keinen Ausweg. Es sei nicht klar, wie man dieses Problem lösen könne. Man habe es mit einem bedrückenden Szenario zu tun.

Der Bundeskanzler erklärt, auch er sehe keinen Ausweg und sei sehr skeptisch.

Premierminister Major fährt fort, man solle über diese Frage auf den üblichen Kanälen weitersprechen.

Der Bundeskanzler erwidert, man dürfe nicht vergessen, daß Jugoslawien schon immer das Pulverfaß Europas gewesen sei. Er kommt sodann auf Südafrika zu sprechen und erklärt, wir hätten in dieser Frage eine erfolgreiche gemeinsame Politik betrieben und sollten dies auch fortsetzen. Wir hätten auf der ganzen Linie recht behalten.

Premierminister Major erwidert, die Ereignisse hätten uns in der Tat recht gegeben. Man müsse allerdings sehen, daß der ANC aufgesplittert sei und auch die sogenannten Frontlinienstaaten gegen Aufhebung der Sanktionen seien. Dies alles sei allerdings ziemlich heuchlerisch.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Premierminister Major fährt fort, es sei im übrigen sehr dumm, denn Südafrika brauche Investitionen, Zugang zum IWF und die Aufhebung der Sanktionen.

Er habe hierüber mit Bush und auch mit den Commonwealth-Ländern gesprochen. Er sei allerdings der Auffassung, daß die EG in dieser Frage vorgehen müsse. Dann könne er auch die Commonwealth-Länder überzeugen. Auch sei dies hilfreich, um Druck auf die USA auszuüben.

Er hoffe, daß Mandela bald nach London komme, wie er selber auch nach Südafrika reisen wolle. De Klerk sei ein sehr mutiger Mann. Es wäre eine Tragödie, wenn die Rechten ihn wieder von der Macht verdrängen würden. Man habe jetzt die Chance, Südafrika in die Weltgemeinschaft zurückzubringen.

Der Bundeskanzler erklärt, in dieser Frage sei man in völliger Übereinstimmung. De Klerk brauche weitere Motivation. Wie weit Mandelas Einfluß wirklich gehe, wisse auch er nicht.

Premierminister Major erklärt, Mandela sei eher ein Führer in den Augen der Medien als in denen des ANC.

Der Bundeskanzler fährt fort, wenn man de Klerk nicht helfe, werde er scheitern. Man müsse die Sache allerdings psychologisch geschickt anfassen. Er werde daher versuchen, Präsident Mitterrand für die gemeinsame Linie zu gewinnen. Allerdings habe Mitterrand ein Problem mit den Afrikanern. Aber es gebe hier auch viel Heuchelei.

Premierminister Major stimmt zu und erklärt, es sei erstaunlich, wie viele Schwarzafrikaner mit Südafrika Handel trieben.

Der Bundeskanzler fährt fort, man solle in Ruhe weitermachen. Beim nächsten Gipfel könne man wieder ein Stück vorankommen.

Premierminister Major erklärt, er werde gerne vor dem nächsten ER dem Bundeskanzler ein Papier zu dieser Frage schicken.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Premierminister Major fährt fort, er wolle gerne noch zwei Fragen besprechen: Einmal die Regierungskonferenzen, zum anderen die Zusammenarbeit zwischen der Konservativen Partei und der CDU.

Zunächst zur Wirtschafts- und Währungsunion: Es gebe Bereiche, in denen man die gleiche Ansicht vertrete. Beispielsweise, daß die Wirtschafts- und Währungsunion antiinflationär sein müsse. Ferner sei man sich einig, daß man eine Konvergenz der Wirtschaftspolitiken brauche. Das bedeute, daß die Phase 2 substantiell sein müsse und nicht nur ein Phantom. Man müsse also klar sagen, wie wir Konvergenz erreichen wollten. Hier gebe es zunächst ein politisches Problem, nämlich die Souveränität der

Parlamente. Ein größeres Problem sei, daß man die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben müsse, die es erlaubten, Fortschritte zu machen. Wenn man beispielsweise eine einheitliche Währung und einheitliche Zinsen hätte, so könnten dies effiziente Länder durchaus durchhalten, andere aber nicht. Dies würde zu regionaler Arbeitslosigkeit führen und diese Länder wiederum ermutigen, entsprechende Finanztransfers zu fordern. Hierfür aber fehle das Geld, abgesehen davon, daß es falsch wäre, es bereitzustellen.

In Großbritannien änderten sich die Ansichten zur Europäischen Gemeinschaft, aber man brauche noch Zeit. Er könne dem Bundeskanzler vertraulich sagen, wenn er den Vertrag mit der Verpflichtung für die Phase 3 unterzeichne, werde er damit nicht durch's Parlament kommen. Es sei allenfalls möglich, daß Großbritannien zu einem späteren Zeitpunkt beitrete. Dies allerdings dürfe er nicht laut sagen. Ein weiterer Punkt sei der Mechanismus in der Phase 2. Die Bundesbank und auch die britische Seite stimmten darin überein, daß es notwendig sei, den ECU zu stärken. Nur die Frage der Form sei noch offen. Man müsse über die Phase 2 bilateral eingehend sprechen.

Spanien und Frankreich hätten bereits damit begonnen, Teile des britischen Vorschlags aufzugreifen. Es gebe also eine Annäherung. Für ihn sei wichtige daß die Regierungskonferenz nicht zu schnell ende. Er wolle, daß am Ende zwölf Staaten unterzeichneten, aber dies sei eine titanische Aufgabe für ihn.

Er müsse also die Kollegen der EG um Zeit und Verständnis bitten. Er wolle nicht, daß Großbritannien in eine Ecke geboxt werde, beispielsweise vor Wahlen.

Der Bundeskanzler erklärt, man habe jetzt eine völlig neue Beziehung zueinander und aus seiner Sicht solle das auch eine sehr persönliche und freundschaftliche Beziehung sein. Das werde er im übrigen auch gleich vor der Presse sagen.

Er werde nichts tun, was dazu führe, daß Großbritannien unter Führung eines Freundes in die Ecke geboxt werde.

Er schlage vor, daß zwischen Charles Powell und Peter Hartmann im kleinen Kreis über diese Fragen gesprochen werde. Hierbei könne man auch die Meinungsverschiedenheiten besprechen. Sein Interesse sei, daß Großbritannien mit im Boot sitze.

Er wolle alles tun, damit die Dinge in Europa vorankämen. Aber er wolle nicht voranmarschieren. Das sei nicht gut. Er als Deutscher sehe sich lieber in der Rolle des Regisseurs und wolle nicht, daß Deutschland sich in diesem Prozeß profilieren.

Man solle auch bald versuchen, die Parlamentsfraktionen zusammenzubringen. In vierzehn Tagen finde in Brüssel eine wichtige Besprechung der EVP-Vorsitzenden statt. Dies werde ein sehr hartes Treffen werden. Er werde dort sagen, daß er nicht so weitermachen, sondern eine Entscheidung vor den nächsten EP-Wahlen erzwingen wolle, wonach es zu einer Regelung im EP komme, wie es sie bereits in Deutschland zwischen der CDU und CSU, gebe.

Premierminister Major wirft ein, eines der Probleme in Großbritannien sei, daß man vor einem sozialistischen Europe große Angst habe. Man habe leider nicht die richtigen und notwendigen Schlußfolgerungen gezogen.

Er habe sowohl mit dem Parteivorsitzenden Patten und anderen Parteiführern gesprochen. Die Konservative Partei versuche, eine Art Assoziation mit der EVP zustandezubringen. Er hoffe, daß die Niederländer dies nicht blockieren. Mit diesem Projekt werde er auch in der eigenen Partei seine Probleme haben. Gleichzeitig strebe er eine engere Zusammenarbeit zwischen der Konservativen und der CDU an.

Der Bundeskanzler erklärt, ein solcher Schritte – die Zusammenarbeit im EP – müsse sorgfältig vorbereitet werden. Möglicherweise könne er in der ersten Märzhälfte für ein paar Stunden nach London kommen, dann könne man über diese Fragen auch mit den Parteivorsitzenden sprechen.

Der Unterzeichner weist darauf hin, daß am 11. März die deutsch-britischen Konsultationen stattfinden.

Der Bundeskanzler und Premierminister Major verbleiben daraufhin so, daß der britische Parteivorsitzende Patten bei dieser Gelegenheit nach Bonn kommt.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59744, 24-36.

Head of Department 2
Bonn, 13 February 1991

M e m o r a n d u m

on the Chancellor's Conversation with British Prime Minister Major on Monday, 11 February 1991, at the Chancellor's Office

The Chancellor cordially welcomes Prime Minister Major. His suggestion is to discuss the following issues: Gulf, Baltics/Soviet Union, Yugoslavia, South Africa, European issues, cooperation between CDU and Conservative Party.

Prime Minister Major agrees.

The Chancellor says he is glad that things were going well for the Prime Minister and his government. He was particularly relieved that the attack was lenient. The source of the attack was presumably the IRA.

Prime Minister Major affirms and adds he was very pleased the meeting came off. Apart from that, he appreciated the fact that one was regularly speaking to each other on the phone. He would greatly appreciate it if the Chancellor found the time to visit the UK for a weekend as his personal guest.

The Chancellor accepts the invitation.

Prime Minister Major says the opinion polls had tremendously changed in the government's favor. In part, this was the usual "honeymoon." There was strong national solidarity in the Gulf in terms of the Gulf War. The populace thought that government was doing the right thing. They did not want war but were acknowledging the necessity to wage this war.

The Prime Minister depicts the attack on the cabinet last week. One knew it was a long-planned attack. Besides, the IRA took responsibility for it. The "advantage" was that the attack displaced the recession in the media.

This issue was going to take center stage again very soon. There was strong pressure to cut interest rates. This question greatly complicated the decision on the timing of the elections. He was jealous at the Chancellor who splendidly got the elections over and done with.

The Chancellor provides an assessment of the domestic situation in Germany. In terms of economics, we had a completely different situation in the old Federal Republic compared to the new federal provinces in the East. The economy was going very well in the old Federal Republic. If the Gulf War did not entirely change things - something he did not anticipate - we could aim for a growth rate of 3 to 3.5 %. This was useful for the entire society. The unemployment rate in the old federal provinces was at 6 % in the summer.

Compared with this, the situation in the new federal provinces was much more difficult than we could anticipate. He was not concerned about it in general but maintained his conventional wisdom that we would have prospering landscapes within five years. However, the crash emerged earlier than everybody was expecting it. First, we surmised one could maintain a part of the previous economic ties to the Comecon states. Now, it turned out this was not the case. Most companies in the former GDR were not able to produce the goods needed in the global market.

There was another major problem: One had to give three million employees a different kind of qualification. Moreover, both the industrial as well as the administrative were completely overstaffed. The result was that every second employee was losing the job. The true problem was the forty years of dictatorship hit the people in their hearts. The Stasi played a tremendous role being present everywhere like a polyp. Now there was intense discussion who was a perpetrator and a victim. The perpetrators were victims at the same time.

1991 would be a difficult year still. But starting in September, things would be moving upward even in the new federal provinces. Last but not least we had the problem that the people in the old federal provinces were talking much about solidarity instead of practicing it.

Mentioning the Gulf, the Chancellor said that this very issue illustrated the

psychological situation of the Germans. It was not always easy to explain this abroad. On the other hand, criticism from abroad was often times counterproductive. One had to see the entire discussion against the backdrop of Germany's history during the last fifty years.

With regards to the Basic Law, he just wanted to mention that it was like the Allies had wanted it during the time. Thus, it was astonishing if one heard view like those of the Brüggel-Gruppe.

Prime Minister Major interjects that the large majority of British were absolutely delighted about Germany unity. This was particularly true for the younger generation. Germany would be able to overcome her difficulties by the turn of the century. The Chancellor ought to overlook the voices of certain, smaller groups.

The Chancellor says one had to take into account that there was a lack of a national consensus on many fundamental issues in the Federal Republic of Germany. A look at the SPD's position in the Gulf question was sufficient evidence. Even the Dutch Socialists behaved normally, albeit that they had been very close to the German Socialist position during the Euromissile debate back in 1983. The SPD, for instance, was still questioning the necessity of compulsory military service. This was tantamount to a shrinking Bundeswehr.

He had survived this discussion back in 1983 - and he would survive it this time as well. His position was clear. The churches played a bad role in all of this by motivating the intellectuals once more.

The year 1990 was a catastrophe for the Left. Their predictions were entirely wrong - starting from Germany's unification and the role of socialism in Central, East and Southern Europe, as well as Gorbachev's position. Now, there were trying again to incite sentiments against the United States and NATO against the backdrop of developments in the Gulf.

There was, of course, fear amongst the populace, albeit that these were bizarre anxieties. The Germans had a peculiar relationship with war. The Chancellor emphasized that nearly every German family had suffered death in the war - and even the younger generation recalled the aches of war from stories.

The Prime Minister inserts that the change in Germany public opinion was indeed remarkable.

The Chancellor responds that there was one difference compared to Great Britain. One also had problems with the media, but the audience was less hysterical - though Saddam Hussein had admittedly "facilitated" the changes by attacking Israel. In turn, the Left had to give its consent to arms shipments for Israel but came out against shipments for Turkey. Moreover, people were appalled by the pictures of war captives in Iraq. Lastly, the oil spill put the Greens into a difficult position.

Prime Minister Major expresses his profound gratitude for the generous help from the federal government. He had emphasized this before House of Commons.

The Chancellor expresses our readiness for further assistance if the war continued. He would raise taxes in order to finance this. Moreover, he would try to change the Basic Law. This, however, was not possible immediately.

Prime Minister Major indicates his understanding of the difficulties with regards to Germany's constitution. He had explained this in the House of Commons.

At the request of the Chancellor, Prime Minister Major provides an analysis of recent developments in the Gulf reiterating that we had succeeded to destroy a considerable part of Iraq's military potential - particularly telecommunications and supply lines such as bridges and important roads. At the same time, one had to take into account that the Iraqis had entrenched themselves skillfully in the desert. Nevertheless, one had taken out of large number of tanks. One important indicator was the increasing number of deserters. One could only guess about the morale of the Iraqi troops. Finally, one did not know the extent to which it was possible to hit the republican guard.

The air war would continue for some time to come. He was still waiting for the results of the Gulf visit by U.S. Secretary of Defense Cheney and General Powell. This would determine the decision on the start of land warfare.

He wanted to add the excellent ways of cooperation between the Allies. He had had

meetings with King Fahd, Mubarak and Mitterrand and noticed that the coalition stayed together.

What's more, there were no serious peace initiatives. Iran was preparing itself for the situation after the war. It was hard to see through the smokescreens of Gorbachev's decision for the secondment of an emissary in Iraq and his speech. His suspicion was that the mission was linked to the referendum in Lithuania. It could be some sort of warning shot addressed at the United States in the sense that "if you wanted to have support in the Gulf, you had to accept our approach with regards to the Baltics."

The Chancellor inserts this was his assessment as well.

The Prime Minister outlines several scenarios resulting from an offensive on the ground, adding that one had to consider the psychological situation in the Arab states no matter what one did. There was a meeting of the Arab states taking place in Cairo on February 14. One had to await its results.

The Chancellor raises the question of what was behind the transfer of Iraqi fighter jets in Iran.

Prime Minister Major replies that it only made sense if Saddam, indeed, withdrew from Kuwait.

The Chancellor agrees and supplemented that if Saddam Hussein withdrew, he would say he had won the war. If he was staying in power, one had to pursue a strict embargo. Iraq was not able to complement its weapons arsenal on its own. This was a decisive point.

Prime Minister Major agrees. It would be difficult for Saddam to claim victory for himself. It was important for the countries in the region that Saddam Hussein was indeed the loser and was losing his face in the Arab world. It was indeed pivotal that neither the West nor the Soviet Union would supply Iraq with weapons again.

The meeting was continued over lunch.

Prime Minister Major suggests to discuss developments in the Soviet Union.

The Chancellor says that Gorbachev was still in charge from his vantage point. It was not correct that Gorbachev was merely a plaything in the hands of the conservatives. The Chancellor referred to a telephone conversation he had recently with Gorbachev. Gorbachev himself reiterated that he had not changed. At the same time, Gorbachev could not tolerate the Soviet Union's dissolution. Thus, he, the Chancellor, suggested to Lithuania's Prime Minister Prunskiene to rather go one-hundred small steps than two steps at once. If Gorbachev released the Baltics, he had to release at least another four republics at the same time. We would then face the decisive question about the fate of Ukraine.

There were additional aspects, too. The Baltic question entangled the issue of frontiers in Eastern Poland. Those who put the frontiers in Europe into question destroyed the peace.

Apart from that, the following applied: Whoever came after Gorbachev, the situation would deteriorate. He, the Chancellor, had plenty of sympathy for the Baltic states, but, realistically, there was only an evolutionary way.

Prime Minister Major says he was planning to see Gorbachev for the first time in early March, perhaps on March 5 or 6.

The Chancellor suggests to have another telephone conversation prior to that meeting.

Prime Minister Major takes up this suggestion adding that it was important to understand the psychology of the Soviet president, whose primary concern was that the Soviet Union stayed together. This was the trigger for his concern that the Baltics set a stone rolling and that Ukraine was pushing for independence. He did not know how to resolve the Baltic problem and only knew that the West had never accepted the annexation of the Baltics. There was great sympathy for Baltic independence in the West.

He was asking himself what Gorbachev exactly meant when he referred to a political solution. What was the scope of Gorbachev's leeway in political negotiations? We in the West had supported Gorbachev the reformer - not Gorbachev the suppressor.

The Chancellor says Gorbachev had visited him at home in November 1990, telling

him that he was not able to keep the Baltic states. Perhaps one could have an arrangement like that with Finland at the time. Referring to his meeting with Prunskiene, he told Gorbachev that plenty of small steps could be successful. Asking Gorbachev whether this was accurate, the latter replied "perhaps."

He, the Chancellor, thought Gorbachev was intelligent enough to acknowledge that the entire thing was unstoppable. This also applied for the question of the Kuril Islands. Gorbachev told him that was not the problem.

The Chancellor continued saying that there were considerable problems with the Soviet soldiers in the former GDR. His estimate was that the Soviet Union would withdraw them earlier as the problems would increase over time.

One had to acknowledge that the economic reforms in the Soviet Union were stagnating. He was not thinking of new personnel as this was not easy to judge from abroad. Our interest was that Gorbachev was successful as a reformer. If the Soviet Union relapsed in its old role, one had to consider the implications, for instance, with regards to the Gulf.

Prime Minister Major raises the question whether there were any difficulties in terms of the „Two-plus-Four“ Treaty ratification and whether the Soviets were perhaps inclined to oppose ratification.

The Chancellor says Gorbachev would take care of ratification, but it would be difficult for him.

Prime Minister Major points to Soviet efforts to circumvent the CFE Treaty. Thus, the Soviet navy had more tanks than the British army. Shevardnadze was exceptionally angry about this trick. Gorbachev could send a signal in this regard.

In terms of assistance for the Soviet Union, one ought to continue the fast humanitarian help from the EC countries but defer further assistance until there was more clarity about the continuity of the reform process.

The Chancellor responds that we had to make this very clear to Gorbachev. We should keep in close touch with regards to this issue. There was a real danger if all the world watches the Gulf while we lose sight of the development in the Soviet Union.

The Prime Minister stresses that we must not bring Gorbachev back into isolation.

The Chancellor strongly agrees.

Prime Minister Major says it was important to raise the critical points in our contacts with the Soviets. He was planning to meet with representatives from the Soviet military in Moscow in order to transmit the appropriate messages.

The Chancellor then raises Yugoslavia, asking the Prime Minister if he saw a way out.

Prime Minister Major says he did not see a way out. It was not clear how one could resolve the problem. One was confronted with a depressing scenario.

The Chancellor responds that he could not see a way out either and was very skeptical.

Prime Minister Major continues saying we should discuss the issue through the usual channels.

The Chancellor responds that one must not forget that Yugoslavia had always been the powder keg of Europe. He then mentioned South Africa and said we had been pursuing successful diplomacies together, and should continue our efforts. We proved right all along the line.

Prime Minister Major replies that the results proved us right, but one had to acknowledge that the ANC was fragmented and that the so-called frontline states were also against the lifting of the sanctions. This was quite hypocritical.

The Chancellor agrees.

Prime Minister Major continues arguing it was very stupid as South Africa needed investments, access to the IMF, and the lifting of sanctions.

He had discussed this with Bush and the Commonwealth countries and his position was that the EC had to take the initiative on this. He would then be able to convince the Commonwealth countries. This was also helpful to put pressure on the USA.

He was hoping that Mandela would visit London soon, as he was planning to travel to South Africa himself. De Klerk was a very courageous man. It would be a tragedy if the right was ousting him again. We now had the chance to bring South Africa back into the global community.

The Chancellor expressed his full consent. De Klerk needed additional motivation. It was hard to estimate the scope of Mandela's influence.

Prime Minister Major argues that Mandela was more a leader in the eyes of the media than from the ANC's vantage point.

The Chancellor continues saying that de Klerk would fail if we did not help him. One had to handle the matter skillfully in psychological terms. He would try to win over President Mitterrand for a joint policy. However, Mitterrand had a problem with the Africans - there was also much hypocrisy here.

Prime Minister Major agrees and says it was astonishing how many Black Africans were engaged in trade with South Africa.

The Chancellor says one should continue in this direction. The next summit would produce further progress.

Prime Minister Major says he would send the chancellor a paper on this question prior to the next European Council meeting.

The Chancellor agrees.

Prime Minister Major continues saying he wanted to discuss two more questions: First, the [European] government meeting, second the collaboration between the Conservative Party and CDU.

First, on the Economic and Monetary Union: There were issue areas where we had similar views, for instance with regards to the point that the Economic and Monetary Union had to be anti-inflationary. Moreover, one agreed that that we needed a convergence of economic policies. This meant that phase 2 had to be substantial and not just a phantom. One had to clearly state how we wanted to achieve convergence. This was primarily a political problem. A large challenge was the fact that we needed the right framework conditions in order to achieve progress. If one had one single currency and standardized interest rates, for instance, efficient countries could keep this up, but others couldn't. This would lead to regional unemployment, encouraging those countries to demand financial transfers. We did not have the money for it and it was wrong to provide it.

There was a change in view on the European Community in Great Britain, but we needed more time. He could tell The Chancellor in confidence that we would not be able to push through parliament a treaty entailing obligations on a third phase. At best, it was possible to achieve a treaty stipulating that Great Britain joined in at some later point in time. He could not say this openly. A further point was the mechanism in phase 2. The Federal Bank of Germany and the British side agreed on the necessity for the strengthening of the ECU. The only open thing was the matter of the form. One had to discuss phase 2 in detail bilaterally.

Spain and France had already started attacks on part of the British proposals. There was a certain kind of rapprochement. It was important for him to avoid a rapid end of the intergovernmental conference. His aim was that twelve countries would sign it at the end, but this was a titanic task for him. He had to ask his EC colleagues for time and patience. He did not want to have, for instance, Great Britain boxed in a corner prior to elections.

The Chancellor argues that we had an entirely new relationship - and this should be a very personal and amicable relationship. He would reiterate this in front of the press right after the meeting. He would refrain from things which could box Great Britain in a corner by friends.

His suggestion was to discuss these questions in small group with Charles Powell and Peter Hartmann. On this occasion, we could also discuss disagreements. His interest was to have Great Britain on board.

He wanted to do everything to push matters in Europe forward. But he did not want to march ahead. This was not good. As a German, he envisaged himself in the role of a stage director and did not want Germany to distinguish herself in the process.

One should aim for an early meeting of the parliamentary groups. In fourteen days'

time, there was an important EVP chairmen's meeting. This would be a very tough meeting. He would argue that he did not want to continue in this fashion. Prior to the next elections for the European Parliament, he wanted to force a decision aiming at an arrangement like the one between CDU and CSU in Germany.

Prime Minister Major interjects that that one of the key problems in Great Britain was fear of a socialist Europe. One did not draw the right and necessary conclusions.

He discussed this both with the party chairman Patten as well as with other party leaders. The Conservative Party was trying to bring about a kind of association with the EVP. His hope was that the Dutch would not veto this. This project would lead to problems within his own party, too. Nevertheless, his objective was closer cooperation between the Conservatives and CDU.

The Chancellor says that such a move - cooperation within the European Parliament - had to be prepared in detail. It might be he would have a chance to come to London for a couple of hours in the first half of March. This would provide an opportunity for talks with party leaders.

The signatory points out to the convocation of German-British consultations on March 11.

The Chancellor and Prime Minister Major agreed that British party chairman Patten would come to Bonn on this occasion.

[handwritten signature]

(Dr. Hartmann)